

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr., für die übrigen Deutschen Staaten 16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Herzth. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes.
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Lueders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Hah,
8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Bezirks- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergütungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 67.

Freitag, 12 Juni.

1874.

An die Parteigenossen!

Der diesjährige Parteicongress findet am 18. bis 21. Juli in Coburg statt.

Congresslokal ist der Saal des Kurgartens in Coburg.

Die vorläufige Tagesordnung des Congresses lautet:

A. Vorversammlung: Sonnabend (Samstag), den 18. Juli, Abends 7 Uhr, behufs

- 1) Abgabe der Mandate;
- 2) Wahl des Bureaus für den Congress;
- 3) Wahl der Mandatsprüfungskommission;
- 4) Feststellung der Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung für den Congress.

B. Öffentliche Sitzung (Volksversammlung): Sonntag, den 19. Juli, Nachmittags 3 Uhr.

- 1) Die politische Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei;
- 2) Die industrielle und ländliche Arbeiterfrage.

C. Geschlossene Sitzungen: Sonntag, den 19. Juli, Vormittags 11 Uhr und Abends 7 Uhr, sowie an den beiden folgenden Tagen.

- 1) Bericht des Ausschusses und der Controlcommission;
- 2) Bericht über den Stand der Parteiklätter „Volksstaat“ und „Sozialdemokratisches Wochenblatt“;
- 3) Bericht der Mandatsprüfungskommission;
- 4) Bericht der Commission zur Prüfung des Parteiprogramms;
- 5) Berathung eingehender Anträge;
- 6) Wahl des Parteivorstands, sowie des Orts der Controlcommission;
- 7) Wahl des Ortes für den nächsten Parteicongress.

Anträge zum Congress sind laut § 7 der Parteioorganisation spätestens bis zum 1. Juli d. J. an den Mitunterzeichneten, Geis einzusenden.

Parteigenossen! Es ist Pflicht sämtlicher Mitgliedschaften, auf dem Congress vertreten zu lassen. Sind die Delegationslisten für eine Mitgliedschaft zu groß, so mögen die Mitgliedschaften zur gemeinschaftlichen Entsendung eines Vertreters streben.

Die zu Delegirten erwählten Parteigenossen haben von ihrer Wahl sowohl dem Ausschuss (A. Geis), wie dem Coburger Vertrauensmann Carl Krämer, Coburg, Bezirk VII, Nr. 31, Anzeige zu machen. Das Weitere in Bezug auf den Empfang und die Quartiere in Coburg wird das in Coburg zu bildende Congresscomité demnächst im „Volksstaat“ mittheilen.

Schließlich erinnern wir noch daran, daß nur solche Orte auf dem Congress vertreten sein können, welche mit ihren Parteistauern nicht im Rückstand sind. Die Steuern für Mai müssen spätestens bis zum 15. Juni eingezahlt sein. Dabei vergesse man nicht, die rückständigen Beiträge zur Ausnahme-Material und Eisenacher Congressprotokolle mit den Beiträgen für Mai zu entrichten. Nach dem 5. Juni erfolgt öffentliche Mahnung sämtlicher Rückstände. Dies allen Vertrauensmännern zur Beachtung!

Sämmtliche Gelder sind an den mitunterzeichneten Parteivorstand H. Venneke zu schicken.

Hamburg, 5. Juni 1874.

Mit Gruß!
Der Ausschuss
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
J. A.:
H. Venneke, H. Schäferkamp 36.
A. Geis, Rödingsmarkt 12.

Zur Emancipation der Frauen.

Wieder ist eine Zahl von Telegraphistinnen im „deutschen Vaterlande“ angestellt worden, und so wird das „Erwerbefeld weiblicher Thätigkeit“ immer fleißiger beackert. Die Emancipation der Frauen schreitet rüstig vorwärts, und man wird nun auch bei uns bald ernstlich in Erwägung zu ziehen haben, ob nicht auch auf politischem Gebiete den Frauen ein größerer Wirkungskreis eröffnet werden dürfe, als ihnen bisher zu Gebote stand, wie ja auf ökonomischem Gebiete nahezu alle Schranken zwischen den Geschlechtern gefallen sind. — Viel politische Rechte sind ja ohnedies nicht im heiligen deutschen Reiche zu haben. —

Nein! tausendmal nein und abermals nein! ich kann mich für die Emancipation der Frauen nicht begeistern. —

Mit der zunehmenden Kultur (?) konnte die Herrschaft des Mannes über den Menschen, wie sie in früheren Zeiten durch Gewalt und Hinterlist errungen war, nicht mehr gebildet werden. Sie stand sie doch ebenso sehr den Grundrissen der ausgebildeteren (politischen) Moral, wie den Interessen emporkommener und (ökonomischer) Religion sich stützender kleiner Gewalthaber entgegen.

Sklaverei, Leibeigenschaft und Hörigkeit mußten nach einander weichen und der Arbeiter, sonst Sklave, dann Höriger, wurde frei. Ein Trugbild aber ist diese Freiheit des Arbeiters: wenn im Mittelalter und selbst noch im Mittelalter der „Freie“, der Herrscher ein Interesse daran zu nehmen hatte, die Leibes-, und damit die Arbeitskraft des Untergebenen zu conserviren, so liegt dem Arbeiter der Gegenwart nichts daran, ob sein „freier“ Arbeiter wohl befinde, ob dessen Arbeitskraft noch lange andauere; ist diese zu Ende — zu Gunsten des „Entbehrungslohnes“, des „Nationalreichtums“ anegennutzt, so wirft er den Ausgepreßten zur

Seite, ihn dem Armenhaus überantwortend — es sind ja „Hände“ in großer Menge da: ein neu Geschlecht tritt an die Stelle des schnelllebigen ilterlichen, um denselben Lebensgang durchzumachen, dieselben Dienste zu leisten und — denselben Lohn zu empfangen. — Ist es wirklich nur eine „Ausflucht“ gewesen, als jener General der nordamerikanischen Südstaaten die Sklaverei der Schwarzen verteidigte mit dem Hinweis auf das noch elendere Loos der weißen „Ebenbilder Gottes“?

Politische Rechte sind uns geworden, — allerdings klugwenige und nur auf dem Papier, — Freiheiten sind uns geworden, die Freiheit aber nicht. —

So lange Menschen auf der Erde leben, so lange werden diese Menschen auch essen müssen, trotz des Wiener Professors, der mehrere Tage gefastet zu haben vorgab, sich aber ganz wohl dabei befand, um seinen Studenten ad oculos zu demonstrieren, daß „Essen“ eigentlich nur eine üble Angewohnheit sei, deren man sich bei einigem guten Willen bald entledigen könne; — vielleicht ist das „Trinken“ dem Herrn Professor eine üble Angewohnheit geworden, die abzulegen er den guten Willen nicht hatte. — Da aber liegt der Hase im Pfeffer, und „Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!“

Wenn „des Leibes Nahrung und Rothdurst“ auch nicht das Höchste ist, so ist sie doch das Erste, und bis das obige Recept des Wiener Doctors seine Kraft erwiesen hat und als höchst einfaches Mittel zur Beseitigung von etwa noch existierenden Hungernöthen verschrieben werden kann, bleibt sie auch das Erste. Zuerst muß ich leben, und „Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen.“ Zuerst macht sich bei allen Menschen, sofern sie nicht überall die Tafel schon gedeckt finden, das Ringen nach Erwerb geltend.

„Essen und Trinken thut freilich nicht.“ Aber erst, nachdem der Magen befriedigt, öffnen sich die höheren Sinne ganz, dann erst haben geistige Genüsse Werth für sein Dasein.

Komme man ja nicht damit, daß große Dichter und Künstler, in tiefster Armuth lebend, der Menschheit unsterbliche Werke geistigen Schaffens hinterlassen haben. Trotz der Armuth hinterlassen und es kann nie und nimmer ermessen werden, was der Welt verloren gegangen wegen der Armuth.

Wer nun soll diesen Kampf ums Leben führen? Wird das „Vaterland“ bedroht, wird ein „König“ beleidigt: wer muß vor? Der Mann. Nur eine sagenhafte Vorzeit und ein barbarischer Negerstaat kennt Amazonen. — Und was ist ein „frischer fröhlicher Krieg“ gegen diesen Kampf, von dem uns der Sozialistenpfeifer Scherr erst kürzlich eine kleine Scene vorgeführt hat. Hunderttausend Leichen in einem Kriege ist etwas Ungeheures, gleich 3 Millionen Jahren Menschenlebens auf dem blutigen Schlachtfelde. Schauernd verschließen wir unsere Blicke. 20 Millionen Arbeiter in Deutschland, jedem ein Jahr seines Lebens genommen, gleich 20 Millionen Jahren Menschenlebens auf dem unblutigen Schlachtfelde, wo der Mammon der Arbeit gegenübersteht, auf diesem großen „Lügenfelde“, wo die Söhne wider den Vater, und gegen diesen die Söhne ziehn.

Wer will leugnen, daß der größte Theil der Arbeiter das Leben einseht? Wer will leugnen, daß ein großer Theil verspielt? — Gehe man nur hin in Fabriksfabrie, betrachte man nur die unentwickelten, die verküppelten Gestalten, gehe man in die Schulen und sehe man die Kinder, diese durchsichtigen, klammerlichen Geschöpfe, die, kaum ins Leben eingetreten, schon vom Tode angehaucht sind: auch ein Laie wird hier begreifen lernen, was dem Fachmann die Statistik, dem ernstlichen Gelehrten die Wissenschaft sagt: unser Geschlecht verkrüppelt, die Menschen werden kleiner, ihre Körper schwächer, ihr Leben wird kürzer.

Da! die Elemente rächen sich furchtbar. Daß der Mensch sie bezwungen, müssen die Menschen mit ihrem Wohl, mit ihrem Leben sühnen!

Der Mann soll vor, nicht die Frau!
Es ist dieser Kampf kein Streit um das Recht, der zu Gunsten der gewichtigsten Gründe ausfallen würde; es ist dies ein Kampf um die Existenz, ein Kampf bis aufs Messer. Die Gegner paktiren nicht miteinander, sie können nicht, denn der Sieg des Einen ist nicht allein die Niederlage, nein, er ist die Vernichtung des Andern. —

Als die alten Deutschen gegen die Römer kämpften, standen die Weiber hinter ihren Schlachtreihen, festhalten den Weg versperrend, Ermordende von neuem begeisternd: auch hinter uns stehen unsere Frauen, unsere Kinder — ermunternd zum Verzweilungskampf. Ohne Worte reden sie eine beredte Sprache; ihre Entbehrungen, ihre Mühen dringen uns ebenso sehr zu Herzen, wie weiland unsern Vorfahren die alten Krieglslieder. Nur ist der Gegner ein schlimmerer als das Römerthum, einer, dessen Macht sich auf immer größere Gebiete erstreckt: das Kapital. Das Kapital mit seinen Dampfmaschinen, seinen Telegraphen, seinen stehenden Heeren, seinen Fürsten, seinen „Genies“.

Nimmt nun der riesige Kampf ums nackte Dasein schon den besten Theil unserer Kraft hinweg, und betrachten wir die politische Gestaltung eines Staates nur als die Erscheinungsform der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft, wie sollte es uns einfallen können, uns gegen eine politische Institution zu wenden, die „zu Recht“ besteht oder deren Einführung von anderer Seite

Der Doktor kann ja nur in Wien in ihm nachstehenden Kreisen den Versuch anstellen: es sind ja genug Leute dort, welche die soziale Frage lösen möchten.

Im günstigen Fall sehe ich für eine gute Kellame für diesen neuen Gesellschaftsleiter.

angestrebt wird, wenn wir nicht die Grundlagen einer solchen Institution als verwerfliche bezeichnen müßten?

Eine solche Institution scheint mir aber die politische Emancipation der Frauen. Sie ist weiter nichts als der „rechtliche“ Ausdruck wirtschaftlicher Verhältnisse, die dem männlichen Arbeiter den Absatzmarkt seiner Arbeitskraft beschränken und gleichzeitig das letzte Bindeglied zwischen ihm und dem Staate, das Familienleben, gänzlich ausheben. — In Amerika, wo den Frauen längst viel mehr Rechte eingeräumt sind, als bei uns, wo z. B. das Zeugniß einer Frau die Aussagen zweier (hin und wieder auch dreier?) männlicher Zeugen aufhebt, sind doch die Frauen — sehen wir von den überhaupt geltenden Unterschieden der dortigen und hiesigen Verhältnisse ab — ökonomisch kaum besser gestellt als bei uns. Wie sie aber bei uns gestellt sind, lehrt uns Herr Scherr in seinem oben angezogenen Aufsatze — auch in seiner Cultur- und Sittengeschichte an verschiedenen Stellen.

Nicht die politische Form bekämpfen wir, wäre sie nur Form: sie ist aber der legale Ausdruck eines ökonomischen Schadens, der nicht allein die einzelnen Individuen trifft. — Das Weib wird gleich dem Manne auf den Arbeitsmarkt geworfen; das Weib wird gleich dem Manne mit „bürgerlichen Freiheiten“ ausgerüstet, um dann, schulpflos noch als der Mann, in die Schlachtlinie mit einzutreten. — Den Mann schützt noch in etwas seine körperlich und geistig stärkere Constitution; das Weib, seines letzten Beschützers, des Mannes, beraubt, muß, seinem natürlichen Wirkungskreis entsagend und entfremdet, seine ganze Natur verleugnen, um die „Freiheit“ recht würdigen zu können.

Kommende Geschlechter werden es unserer Zeit wenig Dank wissen, daß sie, im feilen Mammonsdiens verfunken, des heiligsten aller Gefühle, von dem Jahraufende mit feurigen Zungen reden, an dem sich unsere Dichterheroen emporgerant, der Mutterliebe, so gering geachtet, daß sie nicht ihr Alles daransetzte, dem Weibe, diesem „heiligsten Stücke der Schöpfung“, seine Stellung als Gattin, als Mutter ihrer Kinder zu bewahren, daß sie es hinein-gezogen in den Strudel des Ringens um „Sein oder Nichtsein“, daß sie „keine Gefühle bezogaben haben im Dampfgetriebe der Fader“ dem sinnigen ordnenden Walten „im häuslichen Kreise“ entzogen hat — zur Ehre des Gottes Mammon.

Emil Kosbach.

Politische Uebersicht.

— „Heute Morgen gegen 11 Uhr, schreibt man der „Neuen Wormser Zeitung“ unterm 6. Juni aus Mannheim, wurde der Grundstein zu dem Denkmal der standrechtlich Erschossenen von 1849 auf dem Friedhofe jenseits des Neckars gelegt. Gegen hundert Personen mochten sich eingefunden haben, die den massiven Unterbau, auf dem der Denkstein ruhen soll, umringten. Der größte Theil waren es Männer in den reiferen Jahren, die die Jahre 1848/49 handelnd und leidend miterlebt hatten, aber auch jüngere Leute und einige Frauen. Herr F. Schneider richtete einige Worte an die Anwesenden, die der ersten Stimmung derselben einen würdigen Ausdruck gaben. Er erwähnte der Gaben, die es dem Comite ermöglichten, schon heute den Grundstein zu legen für das Denkmal, das in wenigen Monaten vollendet dastehen werde als ein Zeichen der Liebe und Verehrung für die theuren Todten, eine Mahnung für die Lebenden. Indem er ferner äußerte, daß er darauf verzichten wollte, bittre Worte zu sprechen über jene Zeit, in welcher eine finstere Reaction die besten Männer des Volkes, die besten Bürger in die Zuchthäuser warf oder standrechtlich erschoss, fuhr er fort: Und die Erschossenen, die hier in Zukunft vereint ruhen sollen, sie gehörten zu den besten Bürgern, sie waren Männer des Volkes. Trübschler, Streuber, Höfer, Lacher, Dieb — ein demokratischer Bürger, ein Lehrer, ein Soldat, ein Handwerker — aus den verschiedensten Lebensstellungen hatte man je einen herausgegriffen, jeder Stand mußte einen Vertreter liefern. Furcht und Schrecken zu verbreiten nach allen Seiten, das war die Absicht — und man nahm die Besten. — Doch so war es zu allen Zeiten:

„Die thöricht g'nug ihr volles Herz nicht wahren,
„Die ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten
„Hat man von je getrennt und verbrannt.“

Doch vergessen wurden die Erschossenen von 1849 nicht, im Herzen der Freunde der Freiheit war ihr Denkmal längst errichtet und ihre einsamen, schmucklosen Gräber wurden fort und fort von den liebenden Händen geehrt. Noch nicht lange ist es her, daß der Edelste der Edlen(), der Bravste der Braven(), Frig Hecker, Blumen und Kränze niederlegte auf die Gräber seiner Kampfgenossen. Als er vor etwa einem Jahre wieder einzog in die Heimath, in die Stadt seines Wirkens, da füllten sich die Straßen, da blieb kein Fenster unbeseht und mit jubelnder Begeisterung wurde der Volksmann empfangen, den sein Vaterland vor 25 Jahren schmählich verließ. — Den theuren Todten können wir unsere Liebe nicht mehr durch Dankesworte bezugen, aber wir ehren sie, indem wir sie in einer Brust vereinen, indem wir ihnen ein Denkmal setzen zum ewigen, dankbaren Andenken. So lange es Demokraten gibt, wird das Andenken an Trübschler, Streuber, Höfer, Lacher und Dieb ein heiliges sein. Heute legen wir den Grundstein — sie selbst haben einst den Grundstein gelegt zur deutschen Freiheit.“

— „Preußen ein Militärstaat.“ Mit dieser Ueberschrift veröffentlicht die in Berlin, unter der Redaction eines gewissen

G. von Glasenapp erscheinende „Unteroffizierzeitung“ (ein vielversprechender Titel!) nachstehenden Kasernen-Dithyrambus“):
„Kameraden! ein jeder von uns hat in seinem Leben dies Wort schon vernommen, wohl Mancher hat auch schon über dessen Bedeutung nachgedacht, aber dreist dürfen wir behaupten, daß auch Mancher bei diesem Nachdenken zu einem ganz falschen Resultate gelangt ist; da dies Wort aber von besonderem Interesse für uns Soldaten ist, so mag es heute unsere Aufgabe sein, einmal über den wahren Sinn desselben nachzudenken.

Preußen, ein Militärstaat. — Scheint es bei oberflächlicher Betrachtung nicht, als wäre dies eine versteckte Klage der Bürger und Soldaten gegenüber; scheint es nicht, als ob im preussischen Staate nur allein der Soldatenstand Ansehen und Geltung hätte, als ob Recht und Gesetz überall den Interessen der Armee weichen müßten? — Indessen der Schein trügt, wie das allbekannte Sprichwort sagt.

Um aber den wahren Sinn des Wortes, der doch bedeutend günstig für uns Soldaten der preussischen Armee lautet, zu ergründen, werfen wir zuvor einen kurzen Blick auf unsere vaterländische Geschichte.

Dort sehen wir, daß unsere Fürsten fast ausnahmslos stets unsere besten Heerführer waren und noch bis auf den heutigen Tag sind, wovon wir an unserem innig geliebten König Wilhelm I. den schönsten Beweis vor Augen haben; wir sehen, daß das preussische Heer — als Volk in Waffen — zu allen Zeiten treu und fest zu seinen angestammten Herrschern gestanden und für diese, sowie zum Schutze des Vaterlandes jederzeit willig Gut und Blut hingegeben hat; wir sehen ferner, daß jeder wehrpflichtige preussische Unterthan, in welcher Lebensstellung er sich auch befinden mag, sich im Civilrode als ein ebenso guter Soldat beweist, wie im Waffenrode und unter der unmittelbaren Einwirkung des Militärwesens. Und dieser Rundblick genügt, uns über die Bedeutung des Wortes die beste Aufklärung zu geben.

„Preußen, ein Militärstaat“ bedeutet also, daß unser Vaterland durch die Erfolge seiner Armeen, durch die Macht seiner Waffen, mit einem Worte, durch sein Militär zu dem geworden ist, als was es heute dasteht, zu einem der mächtigsten und geachteten Staaten Europas.

Das Wort Militärstaat muß daher die Brust eines jeden echten Preußen mit gerechtem Stolz erfüllen, und besonders uns Kameraden, die wir noch alle den Ruhm unseres Königs tragen und der preussischen Armee durch die innigsten Bande angehören. Wir wollen uns aber auch bestreben, dieser Auffassung immer mehr und mehr Geltung zu verschaffen und den unschätzbaren militärischen Geist, welchem das Wort Militärstaat seine Entstehung verdankt, mit allen Kräften im preussischen Volke zu heben und zu erhalten. Aber wie? fragen wir uns.

Nun, ich denke, dies dürfte uns wohl nicht schwerfallen. Wir, die wir der Armee als Berufssoldaten angehören, wir wollen bei unseren Untergebenen durch ein gutes Beispiel und durch stete Belehrung diesen heiligen Patriotismus hegen und pflegen; wir wollen unseren Mitbürgern im Civilrode zeigen, daß wir im Waffenrode ebenso gute Staatsbürger sind, wie sie; auch wollen wir stets — eingedenk unseres hohen Berufes — dem Civilstande gegenüber so auftreten, daß Jedermann zu der festen Ueberzeugung gelangen muß, daß die Armee die beste Bildungsschule für das Volk ist, und daß es ein jeder wahre Patriot als die höchste Ehre betrachten muß, dieser Armee als Mitglied anzugehören.

Und wir, die wir nach abgeleiteter Dienstpflicht den Soldatenstand verlassen, wollen uns in die bürgerlichen Leben bei jeder sich darbietenden Gelegenheit zeigen, daß wir treue Anhänger unserer Landesherren und seiner Armee sind; laßt uns überall, wo wir in der Bevölkerung auf zweifelhafte Elemente stoßen, diese mit Wort und That auf den rechten Weg zu leiten suchen; laßt uns in stürmischer Zeit, wenn einmal wieder der Ruf unseres Königs zu den Fahnen erschallt, freudig bereit und schnell am Platze sein, das Vaterland und den Herrscherthron gegen freche Friedensstörer mit unserer ganzen männlichen Kraft und mit Hinterrückung aller eigenen Interessen zu verteidigen und zu beschirmen.

Treu und gerne laßt uns diese mit dem Hahneneide übernommenen Pflichten immerdar erfüllen, damit wir dereinst stolz auf unsere Militärzeit zurückblicken und vollen Herzens in das Wort

„Preußen, ein Militärstaat“ mit einstimmen können.

Fehlhaber,

Sergeant vom Stabe der 6. Inf.-Brigade.

Da haben wir rein und zweifelsohne die intelligenzstaatliche „Intelligenz“, wie diese kostbarste „Culturbüchse“ in der „besten Bildungsschule für das Volk“ gelehrt und gelernt wird. Was Preußen ist, ist es durch seine Könige und das Militär; des Preußen höchster Beruf ist es daher, den Ruhm seines Königs zu tragen und sich in die Geheimnisse des Godelschmitts einweihen zu lassen; des Preußen höchstes Glück, auf dem „Feld der Ehre“ todt oder zum Krüppel geschossen zu werden; und wer anders denkt, der ist ein „Reichsfeind“, ein „zweifelhaftes Element“ und muß von dem godelschmittlandigen Musterpreußen „mit Wort (der pflichtschuldigsten Denunziation) und That (dem Säbel, Kolben, Bajonett und anderen zu derlei „Culturlämpfen“ tauglichen Instrumenten) auf den rechten Weg geleitet werden.“

Der biedere „Fehlhaber, Sergeant vom Stabe der 6. Inf.-Brigade“ hat aber für seine gesinnungstüchtige Leistung zum mindesten die Bewogel-Zwillinge verdient!

„Ein recht trauriges Stückchen sozialen Lebens“ erzählt wieder einmal die Berliner „Volkszeitung“. Einer der „Sieger von Königgrätz“ schreibt ihr:

„Ich bin 30 volle Jahre als öffentlicher Lehrer im Amte. Ein Kind hat mir Gott geschenkt. Drei davon sind gestorben; fünf habe ich noch zu unterhalten. Mein Gehalt wurde in den verflohenen Jahren sehr bedrückt bis zum Jahre 1872 von 80 Thln. auf 139 Thlr. erhöht. Verliert durch meine Jammergehalt gewährte mir die L. Regierung seit 3—4 Jahren noch eine persönliche Zulage von 20 Thln. jährlich. Im vorigen Jahre wurde mein Einkommen bei höherer Einschätzung der Naturalbezüge auf 200 Thlr. berechnet und ich erhielt auch noch eine Alterszulage von 30 Thlr. Mit einem wahren Freudenstöhren begrüßte ich diese Gehaltserhöhung. Aber leider — gerade zu Weihnachten v. J. — ging mir die hier beigelegte Verfügung zu, nach welcher meine persönliche Zulage von 20 Thln., — die auf 5 Jahre bewilligt war — sofort zurückgezogen wurde. Ähnliches geschah bei anderen Lehrern des Kreises. Die einmal gezahlte Dienstalterszulage ist weiter nicht angewiesen und mit Angst und

*) Eigentlich ein weinfeines Lied zur Verherrlichung des Trinitatis-Bachans; im vorliegenden Fall hat augenscheinlich Jussel die Stelle des Lebensastes zu vertreten gehabt.

Sorge sehe ich wieder bei der beschriebenen Thematik und meiner zahlreichen Familie in die Zukunft.

Zu dem Nothstand in den äußeren Verhältnissen der Lehrer hier selbst (Regierungsbezirk Königsberg) — auch in den meinigen — traten noch die Folgen des allgemeinen Nothstandes der Provinz aus dem Jahre 1868. Sämmtliche Lehrer waren genöthigt, Darlehen aus Staatsfonds aufzunehmen. Ich hatte damals schon ein kleines Röhnergrundstück erstanden. Bei meinen armseligen Umständen konnte ich das Kaufgeld nicht zahlen, war aber sehr glücklich, jenes zu besitzen, indem es durch den Lebensschutz über die erforderlichen Zinsen mir eine sehr nothwendige Beihilfe zur Unterhaltung meines Hausstandes gewährte. Auf dieses Grundstück nahm ich 1868 ein Nothstandsdarlehen von 35 Thln. auf. Eodensoviel erhielt ich zur Beschaffung der Saat für mein Dienstland. Von dieser Summe war jedoch zur Saatzeit wenig mehr vorhanden. Der Typhus herrschte in seiner schrecklichsten Gestalt Monate lang in meinem Hause. Frau und Kinder lagen alle darnieder und zwei derselben starben. Arzt, Medicin, Krankenpflege und Wartung, sowie die beiden Bezugsnisse nahmen fast das ganze Darlehen in Anspruch und mußte ich mir zum Ankauf der Saat noch Geld leihen. Mit Schulden belastet und bar aller Mittel, welche das Leben beansprucht, überstand ich die Nothzeit. Meine spärliche Einnahme war kaum im Stande, mein und der Meinigen Leben zu fristen; an die Aufhülfe meiner äußeren Verhältnisse war nicht zu denken. So kam die Zeit, in der die Nothstandsdarlehen von der L. Regierung zurückgezogen wurden. Ich bat um Stundung, dieselbe wurde mir nicht gewährt. Mein Darlehen von im Ganzen 70 Thln. wurde in kleineren Posten durch vier nach einander folgende Mandatsprozesse ausgekollt. Zwar hatten sämmtliche Prozesse nur den Erfolg, daß die auf mein Mobilien eingelegte Exekution gleichfalls viermal fruchtlos ausfiel, aber ich mußte die nicht unbedeutenden Gerichts- und Exekutionskosten zahlen. — 35 Thaler Darlehen sind — wie schon bemerkt — auf meinen Grundbesitz eingetragen. Die andern 35 Thlr. — Saalgeld für das Schulldand — erhielt ich gegen Schuldschein. Vor einigen Tagen erhielt ich vom Gericht die Benachrichtigung, daß auf Antrag der L. Regierung ferner 15 Thaler fiskalische Forderung nebst Zinsen — die 3. ausgekollte Rate — auf die Rache eingetragen worden sind, und wurden von mir 15 Gr. Kosten eingefordert. Nun sehe ich mit Bestimmtheit voraus, daß noch die letzte Rate von 20 Thln., welche zu Neujahr v. J. bei Gericht abgewickelt wurde, eingetragen und dann mein Grundbesitz, den ich für meine alten Tage und meine Familie erhalten wollte, subhastriert wird.

Alles — ich weiß das sehr wohl: — „Von Rechts wegen.“ — Aber hätte ich nicht bei meiner Armuth, von der die Behörde Kenntnis hat, dazu von Unglücksfällen heimgeführt, Anspruch haben können auf Nachsicht und Stundung der Schulds? Ich habe dreißig lange Jahre mit Noth und Entbehrung gekämpft, habe alle Kraft eingesetzt, um nicht unterzugehen. Es ist nicht meine Schuld.

Dieser Mittheilung schickt die „Volkszeitung“ die Bemerkung voraus, daß es sich nicht um einen einzelnen Fall handle, sondern daß es ein „Gattungsbild“ sei, das sie gebe. „Wir dürfen unsern Lesern versichern: wir haben eine ganze Masse voll der ergreifendsten wie kindlichsten Klagefälle aus dem bezeichneten Bereiche.“ Und an das mitgetheilte Schreiben knüpft die „Volksztg.“ nur die eine Bemerkung an: „Wir fügen kein Wort hinzu, als: 1874 in Preußen.“

Wir aber haben ein Wort hinzuzufügen: Daß 1874 solche Zustände in Preußen noch möglich sind, ja üppiger florieren als in irgend einem andern Lande, ist ein Beweis für die Unfähigkeit der Regierung von Königgrätz“ etc.“ schwärmendes Blatt. Der „Sieger von Königgrätz“ etc.“ erntet nur, was er sät, und wenn die „Volkszeitung“ es für unrecht hält, daß der Militärstaat den sog. Volksschullehrern en canaille behandelt und ihn nicht einmal ordentlich füttert, so möge sie sich bei der Natur beklagen, welche es leider gefügt hat, daß an Dornbüschen keine schmackhaften Früchte wachsen. Und „der Sieger von Königgrätz“ etc.“ erntet nicht bloß was er sät, er verdient auch, was er erntet. Hat er doch neulich auf der „Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in Breslau“ mit wahrhaft häßlicher Inbrunst die Hand geleckt, welche ihm — den Brodtkorb so hoch gehängt. Das Sprichwort: „Weiß Brod ich ess', des Lied ich sing“, findet auf den „Sieger von Königgrätz“ u. s. w.“ keine Anwendung; er singt fröhlich, fromm, fröhlich das Lied Dessen, der ihm kein Brod zu essen gibt, wenigstens nicht genug, um den heidnämthigen Sieger-Magen zu füllen.

— Aus Berlin wird der „Frankfurter Zeitung“ d. d. 3. Juni geschrieben:

„Herr Tessenborn hat in dem Feldzuge gegen die Sozialdemokratie eine erste Niederlage erlitten. Die Heroide seiner Thaten hatten in alle Welt ausgesprochen, daß er auch die sog. Arbeitermarschälle von Audors auf Grund des bekannten Hays- und Berachtungoparagraphen verfolgen werde. Gleichviel ob dem so war oder nicht — der „Sozialdemokrat“ provozierte seinen Feind durch den Abdruck des Liedes mit der ausdrücklichen Aufforderung, es zu verfolgen, und siehe da! Hr. Tessenborn ging in die Falle. Wie er den Strafantrag stellen konnte, während doch Goch's „Ein garstig Lied psui ein politisch Lied“ noch nicht strafrechtlich lobfugiert ist, ist sein Geheimniß, aber ehrenlicherweise mußte diesmal die siebente Deputation des Stadtgerichts — es ist dieselbe, welche Rost verurtheilte — das Nähsel gleichfalls nicht zu lösen. Sie sprach das angeklagte Blatt frei, weil das Lied nur eine Verherrlichung Lassalle's sei, der keinerlei Gewaltthätigkeiten, sondern nur die friedliche Verwirklichung eines sozialen Problems gewollt habe. Ob das Dreimännerkollegium wußte, welche vernichtende Kritik es mit diesem Urtheile über jene preussischen Staatsanwälte fällte, welche den lebenden Lassalle von Prozeß zu Prozeß hekten, und über jene preussischen Richter, welche ihn mehr als einmal wegen seiner Agitation verurtheilten?“

— Aus Bayern schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ unterm 4. Juni:

„Gegen die von der Kreisregierung abgewiesene Beschwerde in Sachen der bekannten Volkerversammlung in Nürnberg hat Herr Löwenstein den Recurs an das Ministerium ergriffen. — Die Münchener Polizei hat wieder einmal ein Heldensstückchen ausgeübt. Bei einer katzgehabten sozialdemokratischen Versammlung wurde der Vorsitzende in seinem Vortrage durch den anwesenden Polizeioffizianten mit dem Bemerkten unterbrochen, daß Redner sich an die Tagesordnung halten müsse. Der in einem Nebenzimmer sitzende Arbeiter Lacroix (als Ausländer ist ihm, der nun seit 22 Jahren in Deutschland lebt, der Besuch von Versammlungen verboten) rief dem Vorsitzenden zu, er möge gegen das Verfahren des Polizeioffizianten protestiren. Sofort wurde Lacroix unter Bedeckung von drei Gendarmen zur Polizei geführt, woselbst er bis zum Nachmittag des andern Tages verbleiben mußte. — Ja

Augsburg wurden von Seiten der Polizei in den dortigen Fabriken Nachforschungen angestellt, wobei sich ergab, daß eine große Anzahl von Kindern unter 12 Jahren dafelbst beschäftigt sind. Sofort wurden die Kinder aus den Fabriken gemiesen.“

— Ueber den Klassenkampf in England schreibt man: „Der Kampf zwischen den Kohlengrubenbesitzern und den Arbeitern wird immer lebhafter. Die „Bristol Post“ meldet, daß in der Bristol-Kohlengrube ein Strike von riesigen Dimensionen ausgebrochen ist. Die Arbeiter der Aston Dale und South Liberty-Gruben hatten gestern eine neue Versammlung abgehalten, in welcher die vorgeschlagene Reduktion zurückgewiesen und ein sofortiger Strike zum Beschluß erhoben wurde; die Arbeiter, welche in diesen beiden Gruben beschäftigt waren, zählen ungefähr 500 Köpfe, so daß mit den Streikenden in Mangotfield, Kingswood und Coalpit Heath mehr als 4000 Mann striken. Ein Meeting der Arbeiter in der Bedminster Grube beschloß gleichfalls eine Lohnreduktion zurückzuweisen. — Die Arbeiter in den Eisenstein-Gruben von Cleveland, die wegen einer beabsichtigten Herabsetzung ihrer Arbeitslöhne Strike gemacht haben, sind von den Grubenbesitzern benachrichtigt worden, daß, falls der Strike die jetzige Woche hindurch andauert, eine weitere allgemeine Lohnreduktion eintreten wird.“ — Ein großes Massenmeeting der Südwales-Grubenarbeiter beschloß die Abweisung der Vorschläge ihrer Arbeitgeber, und weder auf die Reduktion der Löhne noch auf die Bedingung bloß eintägiger Kündigung einzugehen. Der ganze Kohlenhandel des Districts steht still.“

— Etwas über die Lage der englischen Landarbeiter. Der „Frankfurter Zeitung“ schreibt ein Londoner Correspondent: „Lady Stradbroke polemisierte kürzlich öffentlich in den Zeitungen gegen den Brief des Bischofs von Manchester, und erklärte, daß auf ihren Gütern das Leben der Arbeiterbevölkerung ein sehr angenehmes und idyllisches sei. Sehen wir nun, wie sich diese Idylle in der Nähe annimmt. Ein Berichterstatter erzählt folgendes: James Burgess ist ein Arbeiter, der durch seine Thätigkeit und seine Bekandigkeit das höchste Lob seiner Gutsheerrschaft erworben hat; als Beweis hierfür dient der Umstand, daß er auf einer von derselben Farm 36 Jahre bereits arbeitet. Seine Hütte enthält nur ein Schlafzimmer, etwa 12 Fuß im Quadrat; in demselben befinden sich 4 Betten, und darin schlafen außer dem Arbeiter und seiner Frau, eine Tochter im Alter von 24, ein Sohn von 10 und ein anderer von 19 Jahren, ein vierzehnjähriger Junge und ein siebenjähriges Mädchen. In diesem elenden Raum, welcher kaum hinlänglichen Schutz gegen den Regen darbietet, lebt James Burgess seit 28 Jahren, in diesem Zimmer wurden ihm 13 Kinder geboren, von denen fünf starben, und von den Uebrigen noch fünf, wie oben erwähnt, gegenwärtig im Hause leben. Dreizehn Geburten und fünf Todesfälle in der einen Schlafstube auf zwölf Quadratfuß, und diesen Zustand erreicht sich eine Lady Stradbroke einen idyllischen zu nennen; die erwähnte Hütte gehört ihr und sie und ihr ehrenwerther Gemahl schimpfen gegen die Unannehmlichkeiten, welche die Arbeiter gegen ihre Herren aushege. Wenn nur die hohen Herrschaften eine einzige Woche selbst in einem solchen Zustande ihr Leben hindringen müßten, oder wenn man ihnen erlauben würde, ihre Pferde in solchen Ställen unterzubringen — die Entlastung wäre grenzenlos, aber Arch einen Aufwiezler, einen Empörer zu nennen, weil er die Arbeiter aus ihrer vertheilten Lage zu retten versucht, das magen die Lords und Ladies Stradbroke im ganzen Lande und sie erheben ein Betergeschrei, wie ein Würdenträger, wie der Bischof von Manchester, der die Lage der Arbeiter aus eigener Anschauung kennen zu lernen Gelegenheit hatte, in kräftigen Worten für dieselben Partei ergreift.“

Man könnte wahrhaftig versucht sein zu glauben, die gestrenge Lady sei verriekt gewesen, oder sie habe sich einen unzeitigen Eifer erlauben wollen, als sie das oben geschilderte Leben der englischen Landarbeiters ein „angenehmes und idyllisches“ nannte. Aber dem mag nun sein wie ihm wolle, jedenfalls ist durch die englische Landdame aufs Neue konstatirt, daß bei den bestgehenden Klassen die Bewußtseinsbildung allen menschlichen Gefühls bereits einen kulturförderlichen hohen Grad erreicht hat. Und wenn dem englischen Landarbeiter zugemuthet wird, sich in einer Lage wohl zu fühlen, die sich wenig mehr von der des Thieres unterscheidet, dann ist auch nicht zu verwundern, daß die englischen Landlords und Gutspächter mit dem Aufgebote aller Mittel auf Sprengung der Organisation der Landarbeiter bedacht sind; sind diese dann doch, falls die Sprengung gelänge, gezwungen, das „angenehme und idyllische“ Leben im Sinne der Lady Stradbroke auf unbestimmte Zeit hin fortzuführen.

— Unser Mitarbeiter Bloß hat am 9. Juni die wegen Verleumdung des Minister Eulenburg ihm zuerkannte Gefängnisstrafe von drei Monaten angetreten.

— Bei Heinsch, Vertrauensmann unserer Partei in Berlin, fand am 8. Juni eine Hausfuchung statt, um Correspondenten mit anderen Vereinen (!) anguspioniren, natürlich vergeblich. Man scheint die Helbenheit der Königsberger Polizei repetiren zu wollen und sucht nach einem Vorwand. Nun, Glück zu! Wir leiden darunter nicht.

Parteigenosse Ostensberg in Rowawes ist wegen Majestätsbeleidigung in zweiter Instanz zu 2 Monaten (statt 5) Gefängnis verurtheilt.

Fälschung der Lebensmittel.

(Dem „Vorboten“ von Chicago entnommen.)

Es ist schon zu wiederholten Malen an dieser Stelle auf die Fälschungen von Artikeln im allgemeinen Gebrauche hingewiesen worden; und daß diese Fälschungen hauptsächlich die ärmere Klasse treffen, liegt auf der Hand. Nicht nur die Groß-(Wholesale)Händler fälschen die Waaren, ganz besonders wird dieses Verfahren auch von den Klein- und Zwischenhändlern angewandt, und der arme Arbeiter ist gerade beim Bezug seiner Sachen auf diese Leute angewiesen, während diejenigen, welche es machen können, zu den Großkaufleuten gehen und dort ihre Einkäufe machen. Ein befreundeter Grocercher (Krämergehülfe) machte uns folgende Enthüllungen:

Um verschiedene Sorten gemahlener Kaffee zu bekommen, nehmen die Grocer (Krämer) auf 100 Pfd. sogenannten Kaffee zu Sorte

Nr. 1 75 Pfd. gem. Kaffeebohnen 25 Pfd. Surrogate, ein Gemisch von gebrannten Cichorien, Eichel, Korn u. s. w.

Nr. 2 50 Pfd. grn. Kaffeebohnen und 50 Pfd. Surrogat.

Nr. 3 25 Pfd. gem. Kaffeebohnen und 75 Pfd. Surrogat. Außerdem wird Kaffee noch verfälscht und gefärbt mit Wab-

gont-Sägespähen, Möhren, Runkelrüben, Mangelwurzel u. s. w.
Thee wird fabrizirt aus Sand, Eisenfeilspänen, Blättern von
Pflaumen- und Schlehenblüthen, Indigo, Gelbwurz, Wasserblei,
französischer Kreide, Gummi und chinesischem Kräuterpulver.
Zucker wird gefälscht mit Sand.
Gemahlener Pfeffer wird mit Buchweizenmehl, Reis, Salz und
Sägespähen von Lannenholz versetzt.
Bekannt ist die Verfälschung der Butter durch Fett, gelbe
Wurzeln, Wasser und Salz.
Gestohener Cardamon wird hergestellt aus 1/2 wirklichem Car-
damon, 1/2 bitteren Mandeln und 1/2 Buchweizenmehl.
Gestohene Mustatblüthe ist das Produkt von 1/2 getrocknetem
Weißbrod, 1/2 Gewichtstheil Mustatnug und 1/2 wirklicher Mustat-
blüthe.
Alle verdorbene Pflanzen werden aufgefälscht durch Syrup
und Essig.
Gebrauchter Thee wird getrocknet, auf kupfernen Platten ge-
röstet und wieder als Thee verkauft ebenso; wird mit Kaffeefay
verfälscht.
Mehl wird mit Kreide, Gyps u. dgl. versetzt.
Natürlich enthalten solche Speisen nicht die Nahrungstoffe,
welche dem Menschen zum Leben nöthig sind, ja, es kommt sogar
vor, daß die Bestandtheile, mit welchen die Lebensmittel gefälscht
sind, direkt den Menschen vergiften, und das Alles, um Geld zu
machen. Wie Mancher ist nicht schon durch diese Fälschungen Zeit
seines Lebens unglücklich geworden, wie Mancher nicht sogar an
den Folgen derselben gestorben, denn es wird wohl Niemand be-
haupten wollen, daß die genannten Gegenstände gerade einen
wohlthätigen Einfluß auf den Organismus des Menschen aus-
üben.
Doch nicht allein die Nahrungsmittel werden gefälscht, nein,
in allen Artikeln wird betrogen: Flanel, Strümpfe u. s. w. werden
gestreckt, um größer zu erscheinen, und gehen nach der ersten
Wäsche ein; Steingut wird so dünn glasirt, daß die Glasur so gut
wie keine ist und gleich springt. Alte Lumpen werden zerträgt
und zu neuen Zeugen verarbeitet, die dann gleich zerreißen, da
die Fäden unter einander keinen Halt haben, und so Tausenderlei,
der Strafe noch gar nicht erwähnend.
Die paar Centis (1 Cent ist der hundertste Theil eines Dollars),
die der Arbeiter noch verdient, werden ihm auf diese Weise wieder
abgeraubt, mit allen Mitteln wird von der bestehenden Gesellschaft
an ihrem eigenen Untergange gearbeitet, denn je mehr der Arbeiter-
stand betrogen und bedrängt wird, desto eher kommt derselbe zum
Klassenbewußtsein, und desto eher wird er daran gehen, diesem
Schwindelsystem ein Ende zu machen.
Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf die bereits im
„Volkstaat“ von uns besprochene Schrift Vogel's: „Die Ver-
fälschung und Verschlechterung der Lebensmittel.“ Rev. v. „B.“

Gewerkschaftliches.

Metallarbeitergewerkschaft.

Chemnitz. Am 25. und 26. Mai tagte die diesjährige Ge-
neralversammlung der Metallarbeitergewerkschaft zu Mag-
deburg, an welchem Orte auch zu gleicher Zeit ein Unioncongreß
stattand. Es wurden erfreuliche Resultate erzielt insofern, als
die Notwendigkeit eines engen Anschlusses der verschiedenen Ge-
werkschaften anerkannt und auch beschlossen wurde. Zu benannter
Generalversammlung entsendeten 22 Orte, an welchen sich Mit-
glieder der Metallarbeitergewerkschaft befinden und zwar: Augsburg,
Berlin, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Crimmitschau,
Dresden, Eslingen, Kirch, Göttingen, Gotha, Hannover, Har-
burg a. E., Leipzig, Ludwigshafen, Mannheim, Nürnberg, Pforz-
heim, Spandau, Stolberg, Werden, Wolfenbüttel 14 Delegirte,
welche eine Mitgliederzahl von 1478 repräsentiren.

Nachdem die Wahl des Bureaus vorgenommen und Wolf
(Chemnitz) als 1., Petzsch (Hannover) zum 2. Vorsitzenden, Wiemer
(Magdeburg) zum 1., Engelhardt (Magdeburg) zum 2. Schrift-
führer gewählt waren, referirte Wolf über den Stand des ver-
gangenen Geschäftsjahres vom 1. August 1873 an, welche Arbeiten
nothwendig waren, um wieder ein geregelt Leben hervorzubringen
und wie man die Erfahrung machte, daß mehrfache feurige Auf-
tufe im „Volkstaat“ wenig Resultate lieferten, so daß man zur
praktischen Agitation greifen mußte, welche jedoch wegen der Reich-
tagwahl, welche sehr hemmend auf die Entwicklung unserer Ge-
werkschaft wirkte, da alle Kräfte für jene angespannt werden
mußten, erst im Februar d. J. unternommen werden konnte und
die erfreulichsten Resultate lieferte insofern, als in einem Zeitraum
von 5 Wochen theils durch oder während der Agitationsreise
9 Mitgliedschaften ins Leben traten und mit einer Anzahl Orte
Anknüpfungspunkte durch die Reise hergestellt wurden. Es hätte
sich überhaupt die Nothwendigkeit herausgestellt, in dieser Weise
fortzuwirken. Wolf erwähnte noch der im Laufe dieses Geschäft-
jahres zu Braunschweig stattgehabten Konferenz, bei welcher der
Grundstein zur Union gelegt wurde, ebenso des zu Hannover ab-
gehaltenen Eisen- und Metallarbeitercongresses und betonte die
Nothwendigkeit der Einigung aller Eisenarbeiter Deutschlands.
Hinsichtlich des Kassensystems erstattete Hauptkassirer Hidelhler
Bericht und wird derselbe den Mitgliedern gedruckt zugehen.

Nachdem weiter die Generalversammlung bei namentlicher Ab-
stimmung mit großer Majorität beschlossen, nach den am 25. Mai
festgestellten Verhandlungen des Gewerkschaftcongresses der
Union beizutreten, wurde zugleich der Antrag der Pforzheimer
Mitglieder, die „Union“ zum Gewerkschaftsorgan zu ernennen und
jedem Mitgliede unentgeltlich zuzustellen, angenommen.

Die eingelaufenen Anträge auf Abänderung der Statuten der
Gewerkschaft wurden einer Commission zur Begutachtung über-
geben, da sich möglicherweise in nächster Zeit eine Aenderung
dem Unionsstatut angemessen nothwendig mache, und wurden als
Ort der Commission Berlin und Spandau bestimmt. Betreffs
des Eintritts in den Allgemeinen Metallarbeiterverband wurde
beschlossen, denselben von dem Beitritt zur Union abhängig zu
machen, da man unmöglich alle Vortheile, welche die Union bietet,
wieder fallen lassen könne, andererseits aber dem Allgemeinen
Metallarbeiterverband durch dessen Beitritt zur Union nur Vortheil
erwachsen könne.

Betreffs der Krankenkasse wurde der Antrag, dieselbe auf Gegen-
seitigkeit zu basiren und zu centralistiren, angenommen, ebenso
wurde das Bierklassensystem eingeführt sowie auch die Verwaltung
der Krankenkasse von der der Gewerkschaft getrennt, und wurde
bisheriges Crimmitschau zum Vorort und Chemnitz als Sitz der
Controllcommission ernannt.

Als Vorort für das nächste Geschäftsjahr wurde Braunschweig,
als Sitz der Controllcommission Hannover, und als Ort zur
Abhaltung der nächstjährigen Generalversammlung Mannheim
bestimmt.

Nachdem noch auf die Nothwendigkeit reger Agitation, na-
mentlich in Süddeutschland durch die Vertrauensmänner der
Partei, welche in vieler Beziehung, und das nicht mit Unrecht, der
Vorwurf traf, nicht immer alles gethan zu haben, was dem
Wachsthum der Gewerkschaft förderlich sei, sowie auf die Be-
vollmächtigten und Mitglieder der Gewerkschaft hingewiesen wurde,
beendete die Generalversammlung ihre Thätigkeit mit dem Er-
warten, daß im neuen Geschäftsjahre die Metallarbeiter in großer
Masse sich ihrer traurigen Lage bewußt und der Organisation
beitreten werden.

Betreffs Anmeldung neuer Mitgliedschaften oder Anfragen und
allen weiteren Zuschriften wolle man sich bis Ende Juni an den
unterzeichneten Vorort, vom 1. Juli ab jedoch an die während
dieses Monats bekannt werdende Adresse des Vorortes zu Braun-
schweig wenden.

Mit herzlichem Gruß und Handschlag

Für den Vorort:

Rich. C. J. Wolf, Poststraße 34.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. Abrechnung. Kassenbestand vom April 330 Thlr.
11 Gr. Eingegangen im Monat Mai: Lindenau 1. 19., Coburg
1. 20., Regensburg 3. 17., Rochlitz II. durch Rämel 9 Gr.,
Gotha 1. 23., Apolda 18 Gr., Landhut 1. 6. 5., Dresden 12.
28., Leipzig 5. 16. 8., Frankfurt a. M. 1. 6., Arnstadt 26 Gr. 5.,
Weißbaden 3. 12. 9., München 10. 1. 2., Weimar 11 Gr. (waren
irrtümlich zur Extrastener geschrieben), Erfurt 5. 12., Leipzig 1.
29. 8., Offenbach 11. 5. 1., Meiningen 15 Gr. 6., Mügeln
28 Gr., Braunschweig durch Bönning 1 Thlr. zurück, Augsburg
2. 4. 3. Summa 398. 20. 7.

Ausgabe: „Volkstaat“ 6 Gr. 7., Porto des Kassirers 17 Gr.,
Stifte-Unterstützung Leipzig 50 Thlr., ditto Nürnberg 25 Thlr.,
desgl. Coburg 10 Thlr., Zuschuß Frankfurt a. M. 6 Thlr., ditto
Stuttgart 3 Thlr., Abschlagszahlung an die Genossenschaftsbuch-
drucker 20 Thlr., für außerordentliche Arbeit des Vorsitzenden
6 Thlr., Verlag des Aufsichtsraths 15 Gr., Agitation an Hörsch
1. 16., Kosten für die Generalversammlung, Diäten an den Vor-
sitzenden des Aufsichtsraths Kirßen 9. 17., für den Vorst. der
Verwaltung Bod 7 Thlr., den Hauptkassirer 6 Thlr., 25 Gr. an
das Lokalcomité in Eisenach, Papier 4 Gr., für den Delegirten
zur Vertretung der Gewerkschaft auf dem Magdeburger Congreß,
Landmann, Leipzig 5 Thlr., Gehalt und Verlag des Vorsitzenden
14 Thlr. 29. 8. Summa 167. 26. 8.

Bilanz. Einnahme mit Kassa 398. 20. 7.; Ausgabe 167.
26. 5.; bleibt Kassa 230. 24. 2.

Aus Offenbach gehen uns folgende Zeilen zu: Der Gewer-
schaft zur Kenntniß, daß Jacob Schlanger aus Neusag in Ungarn,
zur Zeit in Offenbach, nach § 6 des Gewerkschaftstatuts, Ab-
schnitt C, ausgeschlossen ist. Im Auftrage: Der Bevollmächtigte
Nietzschel. Wegen desselben Vergehens wurde Anton Dras, früher
in Crimmitschau Bevollm., ausgeschlossen. Vor Beiden wird ge-
warnt, und bitten wir sämtliche Arbeiterblätter, obige Zeilen
abzudrucken.

Wir ersuchen schon jetzt die Bevollmächtigten, uns mitzutheilen,
wie viel Protokolle sie abzusehen gedenken. Vor allem fordern
wir schnelle und pünktliche Bezahlung derselben. Ferner ersuchen
wir diejenigen Mitgliedschaften, deren Ortsklassenbestand es erlaubt,
uns freiwillige Beiträge zur Agitation einzufenden; überhaupt
wollen sämtliche Mitgliedschaften dies beherzigen, und sind wir
der Ueberzeugung, daß unser Wunsch nicht fruchtlos bleibt.

Gruß!

Für die Verwaltung: W. Bod.

Warum rühren die Mainzer Genossen sich nicht zum Anschluß
an die Gewerkschaft? D. D.

Wiesbaden. Die Collegen allerorts werden dringend ersucht,
Wiesbaden zu meiden, indem wir auf den von uns den Arbeit-
gebern vorgelegten Tarif nach abgelaufener Frist noch keine Ant-
wort erhalten haben. Wie es scheint, wollen sich die Arbeitgeber
nicht dazu verstehen, unsere gerechten Forderungen zu bewilligen,
vielmehr bezeichnen sie dieselben in hiesigen Lokalblättern als un-
gerecht. Näherer Bericht folgt.

Mit collegialischem Gruß

H. Schäfer, Schriftf.

Correspondenzen.

Leipzig. Wie wir aus dem „Tageblatt“ und der „Deutschen
Allgemeinen Zeitung“ ersehen, hat unser Herr Biehbürgermeister,
Dr. Stephani seine Entlassung eingereicht. Ueber die Gründe
schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Dr. Stephani hat
schon seit einiger Zeit die Empfindung gehabt, daß seine
Arbeitskraft nicht mehr frisch und ausgiebig genug sei,
um den täglich erhöhten Anforderungen, die an einen Mann in
seiner Stellung gemacht werden, vollends aber diejenigen, welche
die bevorstehende Reorganisation der städtischen Verwaltung und
Verwaltung mit sich führen wird, so zu genügen, wie es im Inter-
esse des Allgemeinen wünschenswerth sei.“ In ähnlicher Weise
spricht sich das „Tageblatt“ aus. Wir können uns über die
Selbsterkenntniß des Herrn Dr. Stephani nur freuen. Auch wir
haben „schon seit einiger Zeit die Empfindung, daß seine Arbeits-
kraft nicht mehr frisch und ausgiebig genug“ ist für wichtige öffent-
liche Geschäfte; und können nur bedauern, daß Herr Dr. Stephani
diese „Empfindung“ nicht schon vor den letzten Reichstagswahlen
gekommen ist. Indes better late than never (lieber spät als
gar nicht), sagen die Engländer, und da Herr Dr. Stephani nun
endlich „die Empfindung“ gekommen ist, daß seine Kräfte für die
Leipziger Bürgermeisterei nicht „frisch und ausgiebig genug“
sind, wird hoffentlich die weitere „Empfindung“ ihm kommen oder
bereits gekommen sein, daß seine „Kräfte“ auch für den Berliner
Reichstag „nicht mehr frisch und ausgiebig genug“ sind. Herr
Dr. Stephani, und seine Freunde vom „Tageblatt“ und der
„Deutschen Allgemeinen“ werden sicherlich nicht bestreiten, daß die
Funktionen eines Reichstagsabgeordneten wichtiger sind und größere
„Kräfte“ erheischen als die Funktionen eines Leipziger Biehbürgermeisters,
und daß folglich „Kräfte“, die für die Leipziger Biehbürgermeisterei
nicht mehr ausreichen, noch weniger für ein Reichstagsmandat
genügen. Wir erwarten deshalb in nächster Zeit zu vernehmen, daß
Herr Dr. Stephani sein Reichstagsmandat niedergelegt hat.
Nach obiger Motivirung seiner Demission als Leipziger Biehbürger-
meister ist unser Berliner Thiergartenstadtdieß seiner Partei, seinen
Wählern, und dem Berliner Reichstag schuldig — denn ein Fest-
halten an seinem Reichstagsmandat würde besagen, daß der
nationalliberale Koryphäe Stephani für die Leipziger Reichstags-
wählerchaft einen Mann, der seinem eigenen Geständniß nach nicht
leistungsfähig ist, als Reichstagsvertreter gut genug hält, und daß
ihm ein Mann, dessen Kräfte seinem eigenen Geständniß nach,
nicht einmal für die Leipziger Biehbürgermeisterei ausreichen, für
den deutschen Reichstag noch gut genug gilt. Wir sind überzeugt,
der Herr Biehbürgermeister wird seiner Partei diese Blamaze,
und den Leipziger Wählern und dem Reichstag diese Veleidigung
ersparen.

Leipzig. Unser Artikel in vorlegter Nummer über das Ver-
hältniß des „Leipziger Tageblattes“ zum Stadtrath hat Herrn Stüt-
ner zu folgender Erweiterung veranlaßt:

„Das Tageblatt zahlt an den Rath der Stadt Leipzig jähr-
lich 4000 Thlr. Canon und bringt sämtliche Bekanntmachungen
des Rathes und seiner Dependenz, sowie ferner die der Stadt-
verordneten, der Handels-, der Gewerbekammer, der Kirchenvor-
stände u. völliig unentgeltlich zum Abdruck. So sind die
Trauben beschaffen, die dem „Schlaun Fuchs Stütner“ jetzt auf
einmal so sauer schmecken!“

Darnach haben wir uns allerdings einer Ungenauigkeit,
aber auch nur einer solchen, schuldig gemacht. Wenn das „Tage-
blatt“ an den Rath 4000 Thlr. zahlt, so ist die Summe, welche
es indirekt durch die amtlichen Annoncen einnimmt, sicherlich eine
größere. Denn die amtlichen Annoncen verpflichten und
zwingen eine Menge von Personen, das „Tageblatt“ zu halten
und zu lesen, die es sonst nicht thun würden. Es wird wohl
Niemand glauben wollen, daß das „Tageblatt“ aus reiner Menschen-
liebe die amtlichen Annoncen unentgeltlich aufnimmt und obendrein
noch 4000 Thlr. zahlt. Das „Tageblatt“ macht ein ganz gutes
„Geschäft“ mit diesen „unentbehrlichen“ Annoncen und ob ihm
5000 Thlr. jährlich aus Annoncen direkt oder indirekt zu-
fließen, bleibt sich ganz gleich.

Das Mäntelchen der Tugend und Uneigennützigkeit, welches
sich Herr Stütner umzuhängen versucht, ist somit durchlöcher-
t. Auf unsere Bemerkungen über seine politischen Vorkippränge hat
er sich wohlweislich nicht eingelassen.

Königsberg i. Pr. Anlässlich der seitens des hiesigen Polizei-
präsidiums erfolgten Auflösung der sozialdemokratischen Arbeiter-
partei hat unser Vertrauensmann Schwarz unterm 1. Juni an
genannte Behörde folgendes Schreiben gerichtet:

„Am 30. Mai a. e. Morgens 6 Uhr wurde mir vom Districts-
commissarius Herrn Haase hier vor einer bei mir stattfindenden
Hausführung ein von Einem Königl. Polizeipräsidenten unterzeich-
netes Schreiben vom 29. Mai a. e. übergeben, adressirt: An den
Vorstand der hiesigen sogenannten „sozialdemokratischen Arbeiter-
partei“ zu Händen des Herrn Maschinenbauer A. Schwarz hier,
von dessen Inhalt ich, nachdem ich gegen die Annahme des Briefes
wegen unrichtiger Adresse protestirt, endlich mit Erlaunen Kenntniß
nahm. — Ich halte mich für verpflichtet, Einem Königl. Polizei-
präsidio aus jenes Schreiben zu erwidern:

1) daß von einer „hiesigen“ sozialdemokratischen Arbeiterpartei
nicht die Rede sein kann. — Die genannte Partei ist eine über
ganz Deutschland verbreitete politische Partei, wie die conservatve,
nationalliberale und Fortschrittspartei. — Die sozialdemokratische
Arbeiterpartei zählt, wie Einem Königl. Polizei-Präsident hinlänglich
bekannt ist, hier Mitglieder, die wiederholt hier öffentliche Partei-
versammlungen abgehalten haben. — Es kann deshalb nicht § 8
ad b des Gesetzes vom 11. März 1850 gegen diese Versammlun-
gen angewandt werden, da dieselben nicht von einem Vereine,
sondern von Mitgliedern einer bekannten politischen Partei aus-
gegangen sind.

2) Weil die sozialdemokratische Arbeiterpartei kein Verein ist,
hat dieselbe auch keinen „Vorstand“, ebensowenig Statuten u.,
sondern nur, wie jede politische Partei, ein Programm, und kann
deshalb die Bezeichnung „Vorstand“ nicht auf mich Anwendung
finden.“

Die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ bemerkt über die
rechtliche Zulässigkeit der Auflösung:

„Sind aber Statuten und Mitgliederverzeichnis eines Vereins
„sozialdemokratische Arbeiterpartei“ hier selbst bei der genannten
Behörde nicht eingereicht worden, so dürfte auch die Maßregel des
Kgl. Polizeipräsidenten schwerlich aufrecht zu erhalten sein. Denn
eine Behörde kann füglich nicht einen Verein als solchen und auf
Grund des Vereinsgesetzes schließen, der gar nicht existirt, indem
ihm die nothwendigen Vorbedingungen zu einer legalen Existenz
abgehen.“

München, 6. Juni. Da bis jetzt alles Harren auf einen
unserer hiesigen Verhältnisse kartelegenden Correspondenzartikel ver-
geblich war, es aber doch an der Zeit sein dürfte, den Parteige-
nossen gegenüber unserer Pflicht der Mittheilung gerecht zu werden,
so will es der Unterzeichnete versuchen, über die hiesige Lage und
unsere Agitation zu berichten. Bekanntlich hatten wir bei der
Reichstagswahl in den beiden hiesigen Wahlkreisen trotz der Vie-
derwärtigkeit unserer „Völliichen“ 3,500 Stimmen auf unsere
zwei Candidaten erhalten. Es lag nun an uns, diese Gesin-
nungsgenossen baldmöglichst in Parteigenossen zu verwandeln und
wir gingen auch sofort an die Arbeit. Versammlungen abzuhalten
war uns bei der großen Choleragefährlichkeit der Sozialdemokraten
unmöglich, und wir mußten uns daher vorläufig damit begnügen,
einen Organisationsplan zu schaffen; daß dieser richtig war, zeigte
sich alsbald, nachdem das Versammlungsverbot, welches allerdings
nur für uns gegolten hatte — wieder aufgehoben war. Die erste
Volksoberammlung, in der die „Organisation des arbeitenden Vol-
kes“ offiziell ins Leben gerufen wurde, war von über 2000 Män-
nern besucht und verlief in bester Ordnung. Zwei Wochen nach
dieser Versammlung wurde die „Organisation“ von der „Völliichen“
aufgelöst, wodurch nun der eigentliche Zweck unseres Handelns,
nämlich die Aufmerksamkeit des arbeitenden Volkes auf
die Partei zu lenken, ganz wesentlich unterstützt wurde. Der
Beweis hierfür ist erbracht, wenn man weiß, daß die zweite
Volksoberammlung in der über die an die Regierung zu richtende
Beschwerde bez. die Auflösung verhandelt wurde, von über 4000
Arbeitern besucht war. Nachdem diese Versammlung durch unsern
alten Freund, dem ehemaligen Gensdarm und nunmehrigen Poli-
zeicommissar Schreit aufgelöst, wurden von uns Bezirksversammlun-
gen, Arbeiterversammlungen, Volksoberammlungen in buntester
Reihenfolge einberufen und von der, nun einmal in Agitations-
eifer gerathenen Polizei, ebenso eifrig aufgelöst. Durch die treue
Unterstützung der Polizei ist es uns nun richtig gelungen, die
frühere Zahl der Parteimitglieder zu verhechfachen, und
es ist nicht mehr als billig, daß wir diesen wesentlichen Dienst-
leistungen der „Völliichen“ unseren wärmsten Dank aussprechen,
was ich hiermit befozt haben will. Wir sind aber nicht allein
an Zahl so weit fortgeschritten, sondern auch der Geist ist ein
außerordentlich guter zu nennen, und mit voller Opferwilligkeit
tritt jeder Einzelne in die Schranken, stolz darauf, zu den ver-
folgten Sozialdemokraten zu gehören. Daß derartige Erfolge nicht
ohne bedeutende Opfer möglich sind, liegt auf der Hand, und daß
es an Prozeßten nicht mangelt, ist selbstverständlich; die jetzt sind
ungefähr 40 Mann in Untersuchung gezogen und werden die
seinerzeitigen Verhandlungen jedenfalls wieder ganz Bedeutendes
zur Verbreitung und Stärkung der Partei beitragen. Außer der
lokalen liegen wir auch die auswärtige Agitation nicht aus den
Augen, und war der Unterzeichnete erst zu Pfingsten wieder in
Landhut, wo die Parteigenossen ebenfalls rüstig fortarbeiten. Es
sind dort alle Gewerkschaften organisiert, ebenso in Regensburg,
woselbst es ebenfalls sich wieder zu regen beginnt. Leider fehlen

und zu besserem Betreiben der Agitation die Adressen von Männern, welche sich getrauen, Volkversammlungen einzuberufen, und fordere ich hiermit die Parteigenossen, welche an südbayerischen Orten wohnen, wo keine Mitgliedschaften bestehen, auf, mir ihre Adressen zum Zwecke der Einberufung von Versammlungen baldigst mitzutheilen; die agitatorischen Kräfte werden von uns gestellt, wie wir auch die ersten Kosten tragen werden. Auf diese Weise werden wir am ersten vorwärts kommen, und möchte ich daher namentlich die Parteigenossen in Freising, Geiselhöring, Straubing, Passau, Rosenheim, Kolbermoor, Ingolstadt u. s. w. dringend auffordern, ihrer ersten Pflicht als Sozialdemokraten, der Agitation, auf diese Art gerecht zu werden. Auf Parteigenossen! Durch Agitation zur Organisation, durch Organisation zum Sieg. Die Adressen bitte ich zu senden an C. F. Rüd., bei J. Oberndorfer, Schneider, Oberanger 37, 3 oder an die Expedition des „Zeitgeist“.

Wormsheim, 2. Juni. In Nr. 61 des „Volkstaar“ befindet sich eine hiesige Correspondenz, die einige Unrichtigkeiten enthält. Daß die Krise hier fast nicht enden zu wollen scheint, ist leider wahr und ebenso, daß die naturgemäßen Folgen eines solchen Zustandes nicht ausbleiben konnten, besonders die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes. — Es trat nun Verminderung der Arbeitszeit ein, welche letztere sich allerdings oft nur auf eine halbe Woche erstreckte. Aber die Fabrikanten, welche „andächtig“ liegen, handelten eben nach den heutigen Verhältnissen ganz korrekt. Unerhlich ist dagegen das Vorgehen jener Fabrikherren zu nennen, welche den Lohn verminderten, um durch billiger zu liefernde Arbeit Absatz zu erhalten, denn diese übervertheilten die Arbeiter und ihre eigenen Kollegen. Sie wollten mittelst der Schmutzkonkurrenz sich ihr Schicksal erhalten, während der Arbeiter an seinem Lohne Abbruch leiden mußte. Man darf aber behaupten, daß diese Sorte glücklicher Weise den kleineren Theil bildete. Daß übrigens von Anfang der Krise an unsere Parteigenossen am meisten „berüchtigt“ wurden, ist nicht verwunderlich. — Die erwähnte Correspondenz sagt ferner, einige Fabrikanten hätten sich bemüht, die Folgen der Krise von ihren Arbeitern fernzuhalten. Ich halte das für rein unmöglich und glaube, wenn dies möglich wäre, würde es von allen Fabrikanten geschehen sein. Jeder feiernde Arbeiter bedeutet doch so und so viel Winderwerb für den Arbeitgeber. Trotzdem in guter Zeit über die „hohen Forderungen“ der Arbeiter geklagt wird, so verdient eben der Fabrikant doch dabei seinen „Entbehrungslohn“, den ihm die Krise trotz oder vielmehr wegen der niederen Löhne sehr zuzugut. — Schließlich erwähnt die Correspondenz des Lehrlingswesens. Dieses läßt allerdings viel zu wünschen übrig — wie eben überall — aber von Kinderarbeit kann keine Rede sein. Die hiesigen Lehrlinge sind sämtlich der (Volk-) Schulpflicht entwachsene Knaben; ihre Zahl nun ist freilich hoch, aber die Angaben der Correspondenz über das Verhältnis sind von der Wirklichkeit ziemlich entfernt. — Wir haben hier genug zu rügen und besser zu machen an wirklich bestehende Uebeln, so daß es Uebertreibungen nicht bedarf. Unsere Gegner hier, die sich in jüngster Zeit ziemlich stramm organisierten, zeigen uns, wie wir es anfangen sollen. Viel Versäumtes ist nachzuholen und hauptsächlich die Agitation rege zu betreiben, wenn auch während der schlechten Zeit nicht viel Erfolg zu erhoffen ist. Eins aber geht auch jetzt, und das wäre, die Verbreitung des Parteiorgans zu fördern. Thue da vorerst Jeder seine Pflicht, die Gelegenheit bietet sich jetzt beim Quartalswechsel. Zugleich sei das Abonnement bei der Post empfohlen. — Nächstens mehr.

Schweiz. Der zweite Congress des schweizerischen Arbeiterbundes tagte vom 24. bis 26. Mai in Winterthur. Anwesend waren 74 Delegirte und zwar von Zürich 22, von Winterthur und Umgebung (Veltheim, Tsch) 9, von Genf 7, von Basel 4, Kanton Glarus 4, Lausanne, Chaux-de-Fonds und Kanton Appenzell je 3, von Bern, St. Gallen, Schaffhausen und Neuchâtel je 2 und von Visiv, Uster, Männedorf, Aarau, Korschach, Luzern, Liestal, Chur, Nidwilerthal, Allschwilten und Frauenfeld je 1 Delegirter. Ins Bureau wurden gewählt: Als Präsident Hubeli (Präf. der Ortsgemeinde Zürich); zu Vizepräsidenten Gutzmann und Finsterwald; als Sekretäre Grentlich, Moje und Tändler.

Die wichtigsten Beschlüsse des Congresses sind nach der „Tagwacht“ folgende: Der Antrag 1 des Bundescomités, die Agitation für Einführung des zehnstündigen Normalarbeitstages betr., wurde nach mehreren sehr geizigen Referaten einstimmig angenommen. Die Vorarbeiten für die Gründung einer landespolitischen Gruppe wurde von den stimmberechtigten Delegirten an Hand genommen. Eine von der ersten Versammlung aus drei Mann bestellte Commission legte am Schlusse des Congresses die Grundzüge eines Programms vor, welche genehmigt wurden und wurde hierauf Glarus mit der Wahl einer Commission beauftragt, welche betreffend Organisation u. genaue Vorlagen zu machen hat. Der Antrag des deutschen Arbeitervereins Bern, welcher die internationale Organisation der Gewerkschaften bezweckt, wurde abgelehnt, da es zuerst nöthig sei, auf lokalem und nationalem Boden die Organisation zu vollenden, ehe man in nähere Beziehungen mit den Gewerkschaften anderer Länder treten könne. Um jedoch nicht den Schein auf sich zu laden, als ob der Congress durch die Ablehnung des Berner Antrages die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung verneinen wolle, erklärte man in einer Resolution Sympathie mit der internationalen Arbeiterassoziation. Die vollständige Uebernahme des Schriftendepots in Zürich und der Typographie der „Tagwacht“ wurde abgelehnt, jedoch beschlossen, sowohl den Vertrieb von Schriften zu fördern, als auch die Typographie durch Uebernahme von Aktien und Ueberweisung von Arbeit zu unterstützen. Der Druck der „Tagwacht“ wurde dem Unternehmen noch ausdrücklich gesichert. Der Antrag 6, über welchen sich Herr Commandant Bürkli im zürcherischen Kantonsrathe einzermächtig entrüstete, wurde angenommen und es wird also künftig das Bundescomité in Fällen, wo Bundesmitglieder politisch gemahregelt werden, zum Schutze dieser Mitglieder alle gesetzlichen Mittel ergreifen. Betreffend die Krankenkassen wurde allen neu gegründeten Kassen empfohlen, einheitliche Bestimmungen über Beiträge und Leistungen anzunehmen, um allmählig eine Centralisation anzubahnen. Zur Einrichtung der Freizügigkeit wurde von Ernst (Zürich) ein sehr praktischer Freizügigkeitsantrag eingebracht und angenommen. Die Gründung einer fakultativen, das heißt freiwilligen Sterbekasse wurde beschlossen und die weitere Anbahnung der vorzulegenden Statuten, wie der Verwaltung wurde den Zürcher Genossen übertragen. Die Einführung einer Wanderunterstützungskasse wurde abgelehnt. Die Masse der Bundesbeiträge-Anträge in Verbindung mit den Anträgen auf Deduktion des „Tagwacht“-Defizits wurden dahin erledigt, daß das Defizit proportionell auf die Bundesaktionen vertheilt werden soll und die betreffenden Anträge bis spätestens zum 1. September d. J. an das Bundescomité einzusenden sind. Da das Bundes-

comité erklärte, bei der günstigen Anwesenheit sei eine Erhöhung der Beiträge nicht nöthig und könnte auch eine solche der weiteren Ausdehnung des Bundes hinderlich sein, wurde beschlossen, den bisherigen Bundesbeitrag beizubehalten. Bei den Beratungen über das künftige Stimmrecht der Congressdelegirten brachte Morf einen Antrag, die Delegirten künftig nach dem System der Proportionalvertretung zu wählen, so daß der ganze Bund einen Wahlkreis bilde. Dieser Antrag wurde verworfen. Dagegen wurde beschlossen, daß künftig jeder Delegirte nur eine Stimme haben solle. Beschiedene Anträge liefen darauf hinaus, eine regere Agitation zu entfalten und zu dem Zwecke einen Agitationsfond zu gründen oder ein Agitationscomité zu bestellen. Man ging jedoch weder auf einen Agitationsfond noch auf ein derartiges Comité ein, sondern übertrug theils dem Bundescomité, theils den lokalen und kantonalen Verbindungen die Agitation für weitere Ausbreitung und Kräftigung des Bundes an Orten, wo noch keine Sektionen bestehen oder wo Mangel an agitatorischen Kräften ist. Die Einführung von obligatorischen Correspondenzmitgliedern in jedem Orte, welche alle Monate einen Situationsbericht der „Tagwacht“ einzusenden haben, wird angenommen. Der Antrag von Franz, betreffend eine Untersuchung des Ernährungswertes der Lebensmittel wurde nach einer näheren Motivierung angenommen. Betreffend die statistischen Erhebungen wurde beschlossen, künftig — also bei späteren Erhebungen — dieselben drucken zu lassen. Die bestehende Redactionscommission der „Tagwacht“ wurde mit Akklamation wieder gewählt. Der Sitz des Bundescomités wurde einstimmig wieder nach Genf verlegt. Ueber den Verlauf des Congresses sagt die „Tagwacht“: „Es waren drei schwere Tage, die Arbeit und Mühe genug mit sich brachten, aber die Frucht dieser Arbeit war eine Einmüthigkeit und Brüderlichkeit, die für den Schweizerischen Arbeiterbund die schönsten Früchte tragen wird, umso mehr als diese Einmüthigkeit und Brüderlichkeit ein weites Gebiet praktischer Thätigkeit vor sich hat.“

An die Gefinnungsgenossen des 13. sächsischen Wahlkreises!

Sonntag, den 21. Juni c., Nachmittags 4 Uhr, findet laut Beschluß des unterzeichneten Comité im Lokale des Arbeiterbildungsvereins (Nitterstraße 43, 2 Tr.) eine Conferenz von Delegirten des 13. Wahlkreises statt mit der Tagesordnung: „Die Regelung der Agitation im 13. Wahlkreise“.

wozu alle Orte, namentlich die größeren des Bezirks, aufgefordert werden, ihre Vertreter zu senden.

Gefinnungsgenossen! Ueberall suchen sich die gemeinsamen Feinde des arbeitenden Volkes, aufgeschreckt durch die letzten Wahlsiege desselben, fester und fester an einander zu schließen, überall sucht man durch Polizeimaßregelungen dem immer mehr und mehr erwachenden Volksbewußtsein einen Damm entgegen zu setzen. Daraus ist die beste Antwort unsrerseits: Organisation.

Wollen wir durch die Mandatniederlegung Dr. Johann Jacoby's und zugefügten Niederlage bei der nächsten Wahl einen Sieg folgen lassen, so ist in erster Linie ein geschlossenes, planmäßiges Vorgehen notwendig, gegen den mit allen erdenklichen Mitteln kämpfenden mächtigen Feind. Wir wollen aber, daß der 13. Wahlkreis bei der nächsten Wahl zum Reichstage einen Vertreter sendet, welcher nicht, wie Herr Dr. Heine, den Wählern bloß schöne Versprechungen macht, sondern mit aller Energie für die Rechte der Gesamtheit einsteht; und bedwegen ist es Pflicht eines Jeden, das zu sorgen, daß die Conferenz zahlreich besucht wird.

Leipzig, 11. Juni 1874.
Das Agitationscomité.
J. A.: Fr. Nauert, Rosenthalgasse 5, 4 Tr.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilshaine bez. Antheilsgewinnen erzielten ferner: In Reichendach C. W. 1, C. R. 1, A. S. 1, M. P. 1 Thlr.

Briefkasten
der Redaktion. C. A. Dresden: Uns leitete bei Zurücklegung Ihrer Correspondenz mit den Uebereinstimmungen die Absicht, einer jedenfalls unrequitlichen Polemik vorzuziehen.

der Expedition. Stenogr. Club des Arb.-Bild.-Ver. hier Ann. 14 Gr. J. M. Kagen Ann. 5 Gr. Nimm u. Co. München Schr. 2 Thlr. 7 16 2. Brsk Budau Schr. 20 Gr. R. Venisendorf Schr. 2 Thlr. Schum.-Gew. Wiesbaden Ann. 6 Gr. J. Schar Wdding Ab. 1. O. 29 Gr. Rur Demmin Schr. 1 Thlr. 1 11 5. Schj Lindman Schr. 14 Gr. Schneiderberg. Eberfeld Ann. 5 Gr. B. Hrn das. Ab. 25 Gr. Wschbr Resorein Schr. 26 Gr. Bng Bischof Schr. Gr. 13 8. C. Frbrgr Speyer Schr. 12 Gr. R. Schr. Hagen Schr. 1 Thlr. Siepp u. Borrlichter. Hamburg Ann. 12 Gr. Schumachertrankender. das. Ann. 14 Gr. A. O. das. Schr. 2 Thlr.

Anzeigen etc.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntag, den 13. Juni, Abends halb 9 Uhr, Andreassstraße 26 bei Wittel. — Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Dr. Stamm: Die verderblichen Folgen des unbeschränkten privaten Grundbesitzes.
Sonntag, den 14. Juni: Sprichfahrt nach Spandau. Versammlungsort: Hamburger Bahnhof punkt halb 8 Uhr Morgens, wozu Gewerkschafts- und Parteigenossen befalls Unterführung eingeladen sind.
G. Lemke, Bevollm.

Berlin Verein der Sattler und Berufsgenossen.
Sonntag, den 13. Juni, Abends halb 9 Uhr bei Carus, Prinzenstraße Nr. 72: Geschlossene Mitgliederversammlung. — T.-D.: 1) Kassenabrechnung. 2) Verschiedenes.
Die Bilette zum Stiftungsfest können in Empfang genommen werden.
C. Henke, Vertrauensmann.

Grimma Das angekündigte Arbeiterfest muß polizeilicher Hindernisse halber bis auf Weiteres verschoben werden.

Hamburg Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Montag, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr: Geschlossene Versammlung im Hans'schen Clublokal, Schauenburgerstr. 14.
Tagesordnung: 1) Abrechnung des Kassiers. 2) Der diesjährige Congress in Coburg.
D. B.: R. Jacobi, sen.

Hannover Agitationscomité für die Provinz Hannover.
Alle Partei- wie Gewerkschaften (resp. Mitglieder) der Provinz Hannover wie der angrenzenden Orte werden ersucht, um eine georgelte Agitation zur Ausbreitung unserer Partei zu erwidern, Adressen an unterzeichneten Schriftführer einzusenden, und sich derselben einer baldigen, regen Correspondenz aus allen Orten entgegen.
Ernst Liebers, Schriftführer.
Wohnhaft: Steinthorfeldstraße Nr. 5, 2 Treppen.

NB. Den Mitgliedern des Agitations-Comités zur Beachtung, daß alle 14 Tage Donnerstags regelmäßig die Sitzung stattfindet und es eines Jeden Pflicht ist, zu erscheinen.
A. Verzij, Vorsitzender.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonntag, den 12. Juni: Versammlung bei Zedler, Sozia.-polit. Wochenbericht von Neumann.

Strasburg im Elsaß Jeden Montag, Abends 8 Uhr, Versammlung in der Brasserie „Bogelgang“ (Schiffenstaden) für die Mitglieder der sozialdemo-

kratischen Arbeiterpartei. Fremde haben jederzeit Zutritt. Immer belebende und aufklärende Diskussion der Arbeiterfragen überhaupt über alles was die Bewegung kräftigt und fördert.

Woblan Arbeiter! Versäumt diese Versammlungen nicht und zeigt für unsere Prinzipien, daß ihr anfängt, selbst zu denken.

Adam Jung, Vertrauensmann.

Spandau Sonntag, den 14. Juni, Vorm. halb 11 Uhr, im Palmen-Salon, Nitterstraße 7: Allgemeine Versammlung der Holzarbeiter und sachverwandter Genossen. — T.-D.: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaften“. Ref. A. Richter aus Berlin.
NB. Alle sachverwandten Genossen werden aufgefordert zu erscheinen, befalls Constitution einer Gewerkschaft; auch werden die Gewerkschaften Berlins freundschaftlich eingeladen.
J. A.: P. Gärtner, Arbeiterverein.

Thonberg und Umgegend Montag, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr bei Günther. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Vorstand.

Volkversammlung.

Der Naturheilverein für Reusdörfeld und Umgegend ladet Montag, den 15. Juni, Abends halb 9 Uhr, zu zahlreichem Besuch im Salon „Germania“ in Reusdörfeld ein. — Tagesordnung: Das Induswangel-Gesetz. Ref. Herr Gädlich.
Der Vorstand. [2a]

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig.
Diejenigen Mitglieder, welche ihren Antheilshaine noch nicht voll bezahlt haben, werden ersucht, der im Juli stattfindenden Generalversammlung hiermit ersucht, baldigst ihren Verpflichtungen nachzukommen. Alle Gelder sind an G. Gädlich, Leipzig, Zeigerstr. 44, zu senden.
Leipzig und Hamburg, 10. Juni 1874.
Der Vorstand und Aufsichtsrath. [2a]

Vorläufige Anzeige!

Sonnabend, den 20. Juni d. J.:
Zweites Stiftungsfest des Vereins der Sattler und Berufsgenossen in Berlin.
Großer Sommerachtsball im Hofjäger früher Streiz Hofenhaide Bergenastraße Nr. 7.
Bilette à 10 Sgr. sind vorher zu haben in den Vereinsversammlungen sowie jeden Abend im Lokale, Kranzenstraße Nr. 11.
Entree am Fest-Abend an der Kasse 12 1/2 Sgr.
Das Comité. *

Schneidergehülfen Leipzigs und deren Freunde.

Montag, den 15. Juni:
Sommerfest im Hotel Stadt Raumburg zu Gohlis, verbunden mit Concert und Ball.
Da der Reinertrag zu wohltätigen Zwecken für Cassenmitglieder bestimmt ist, steht einer recht zahlreichen Theilnahme entgegen im Namen der gesammten Kassenverwaltung:
G. Kreuzer.

Einladung zum Volksfest,

verbunden mit
Fahnenweihe und Vogelschießen mit Büchsen.
Künftigen Sonntag findet, wie schon bekannt, unser Volksfest statt, zu welchem Loose à Stück 4 Ngr. fortwährend in der Expedition des „Bürger- und Bauernfreund“ zu haben sind.
Nachstehend geben wir das festgelegte

Programm.
Sonntag früh 4 Uhr Arbeit (ist vom Stadtrath nicht erlaubt worden).
" 5 " Ausziehen des Bogels und Einschießen der Büchsen in Karl Sahnau.
" 8 " Zusammenritt des Festcomité's im Hauptquartier Consumverein.
" 11 " Fahnenweihe im Garten des Consumvereins.
" Nachm. 2 " Sammeln. (Crimmischer Festgenossen sammeln sich im Consumverein).
" 1/3 " Abmarsch des Festzuges.
Der Festzug bewegt sich durch das Sahnthal dem Festplatz zu. — Punkt 4 Uhr Festrede, gehalten von Wilhelm Liebknecht. — Beginn der Festlichkeiten.

Nur Laotinhader werden als Festtheilnehmer behandelt, deshalb werden dieselben gebeten, ihr Voss stets bei sich zu führen.

Fremde wollen die Zeit der Ankunft mittheilen, und bekommen dieselben ihre Plätze zum Sammeln angewiesen.

Unsere auswärtigen Festtheilnehmer können Sonntag, den 14. Juni durch Crimmischer mit Musik ziehen, indem die Erlaubnis von uns eingeholt werden wird; nur darf dies nicht während der Kirche von 9—11 Uhr Vormittags und Nachmittags von 1—2 Uhr geschehen.

Die Abzeichen der verschiedenen Deputationen sind folgende: die Empfangs- resp. Ordnungsdeputation trägt weiße, die Cassadeputation grüne, die Schießdeputation blaue Schleifen.

Auswärtige, welche sich als Reichsgelübten betheiligen wollen, haben sich umgehend anzumelden.

Das Tragen von rothen Abzeichen ist strengstens untersagt.
Crimmischer. Das Festcomité. *

Geschäftsempfehlung.

Den Gefinnungsgenossen in Pottenbach, Oberhausen, Augsburg, Lechhausen, Pfersee etc. zur Notiz, daß ich eine
Gastwirthschaft
dahier eröffnen habe. — Volksstaat und Wochenblatt liegen bei mir aus. Zahlreichen Zubruch entgegennehmend, zeichnet
Oberhausen d. Augsburg, im Juni 1874. Achtungsvoll
Johann Kenz,
Gastwirth zum rothen Kreuz. *

Arbeitshosen.

Acht Englische Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.,
" Leder-Westen à Stück 1 Thlr.,
" Cordhosen à Stück 1 Thlr. 10 Sgr.,
" Starke Stoffhosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.,
" Dresshosen à Stück 1 Thlr.,
" Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr.

empfehl
Louis Guttmann
[3. Jn.]
Leipzig, Grimma'sche Straße Nr. 24.

Zu verkaufen: Meyer's Conversations-Lexikon, 2. Aufl., Band 1—6 mit Karten und Illustrationen, folgt wie neu, gebunden, für 5 Thlr. (Ladenpreis 12 Thlr.)
G. Ramm, Leipzig, Zeigerstr. 44.

Cassel. Unserm Freund und Parteigenossen Hofffeld zu seinem 50. Geburtsfeste ein donnerndes dreimaliges Hoch, daß das Vereinslokal auf dem Morfäcker-Platz in seinen Grundfesten existirt.
Die Mitglieder der soz.-dem. Arbeiterpartei.

Leipzig: Gewerkschaft der Holzarbeiter. (Redaktion u. Expedition Zeigerstr. 44.) Druck und Verlag des Genossenschaftsbuchdruckerei.